

Thomas Meyer

Vorwort



Für die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte ich zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass die Grundwerteforen, die wir in regelmäßigen Abständen veranstalten, so wie auch dieses heutige hier, eine so große Resonanz finden.

Wir sind bemüht, Impulse für die laufende Diskussion zu geben, indem wir aufgreifen, was in der Grundwertedebatte umstritten ist. Die Grundwertebestimmung ist für Vertreter der sozialen Demokratie gegenwärtig aus mehreren Gründen eine neue Herausforderung. Es geht darum, in einer von Grund auf veränderten und sich in rapidem Tempo weiter verändernden Gesell-

schaft die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität so zu präzisieren, dass sie für die zentralen Handlungsfelder, wie etwa Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Rentenpolitik oder Demokratiep politik als Maßstab und Vorgabe fruchtbar werden können.

Zwei Stichwörter sind es vor allem, die Anlass für eine weiterführende Klärung darstellen. Das eine ist natürlich die Globalisierung. Wenn wir nicht mehr in der Lage sind, autonom im nationalstaatlichen Bereich Wirtschaft und Gesellschaft politisch zu gestalten, sondern vieles die Situation in jedem unserer Länder beeinflusst, was in diesen Ländern selbst gar nicht entschieden werden kann, was bedeutet dann eigentlich die politische Verantwortung für Gerechtigkeit? Von neo-liberaler Seite ist ja die Behauptung öffentlich vorgebracht worden, die internationale Standortkonkurrenz lasse eine ernsthafte Gestaltungsfunktion für soziale Gerechtigkeit gar nicht mehr zu. Es ginge letztlich allein noch um das Überleben der natio-

nenal Volkswirtschaften im globalen Wettbewerb. Die bisherige Diskussion hat schon ergeben, dass ein solches Argument zu einer Entlegitimierung der Demokratien und zu einer Desintegration unserer Gesellschaften führen würde und deswegen nicht zukunftsfähig sein kann.

Das andere Stichwort ist die Individualisierung unserer Gesellschaft. Wir wissen ja aus den langen Diskussionen, dass Gemeinschaftswerte, auf die man früher meinte, sich verlassen zu können, vor allem im Bereich der Arbeiterbewegung, nicht mehr so ohne weiteres für politische Unterstützung abgerufen oder mobilisiert werden können. Die Menschen in einer individualisierten Gesellschaft sind, wie wir ebenfalls aus Erfahrung und aus wissenschaftlichen Analysen wissen, zwar weiterhin in hohem Maße bereit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und Gerechtigkeitskonzepte der Gesellschaftsgestaltung zu unterstützen, aber nicht mehr in den altgewohnten Formen, die bisher als Erfolgsrezepte gelten konnten. Gefragt sind veränderte Programme, veränderte Organisationsformen und veränderte Mobilisierungsweisen.

Unsere bisherigen Diskussionen haben jedenfalls ergeben, dass auch in der individualisierten Gesellschaft gilt, dass die Menschen in einer Gesellschaft leben wollen, in der es gerecht zugeht und weder eine Gesellschaft noch eine Politik auf die Dauer unterstützen würden, die sich von der Orientierung an politischen Grundwerten verabschiedet. Gerechtigkeit ist darum nicht ein moralisches Schönheitsideal, sondern ein wirksamer politischer, sozialer und sogar wirtschaftlicher Produktionsfaktor auch in unserer modernen, hoch individualisierten Gesellschaft.

Aber wir müssen auch darauf achten, dass wir bei der Bestimmung der Grundwerte für die Zukunft die unterschiedlichen Nuancierungen im Gerechtigkeitsverständnis unserer Gesellschaft berücksichtigen, dass sich die Menschen, denen es wirklich um eine gerechtere Gesellschaft zu tun ist, in einem übergreifenden politischen Gerechtigkeitskonzept wiedererkennen können.

Da sind die Grundwerte des Berliner Programms im Kern zweifellos von fortwirkender Gültigkeit. Aber die Frage ihrer Ergänzung, ihrer Akzentuierung, ihrer Präzisierung im Lichte aktuellerer Entwicklungen stellt sich dennoch.

Es sind vor allem folgende Fragen, die einer weiteren Klärung bedürfen:

- Welche Motive gibt es heute in der Gesellschaft, um eine Politik der Gerechtigkeit zu unterstützen?
- Welche Interessen veranlassen Menschen dazu, Gerechtigkeit zu verlangen?
- Welche Gruppen, welche Milieus sind es, mit welcher Akzentuierung, die für eine Politik der Gerechtigkeit zu gewinnen sind?
- Wie verbinden wir den zentralen Grundwert der Freiheit mit den gesellschaftlichen und moralischen Pflichten, die der Einzelne dem Gemeinwesen gegenüber ja auch hat, statt ihn nur als einen Titel für das Einklagen seiner Rechte zu behandeln?

Für ein modernes Gerechtigkeitskonzept, das realistisch ist, normativ gut begründbar und anspruchsvoll und gleichzeitig als Grundlage für ein großes politisches Reformbündnis wirksam werden kann, stellt sich vor allem die Frage, wie wollen Sozialdemokraten künftig das Verhältnis der gerechten Grundgleichheiten und gerechten Ungleichheiten konkret bestimmen und öffentlich verfechten? Natürlich bleibt es bei der aus der Tradition übernommenen und normativ auch heute zwingend zu begründenden Forderung nach denjenigen Grundgleichheiten, die zur gleichen Würde und gleichen Freiheit aller Menschen führen können, das ist ja der Sinn von Gerechtigkeit. Dazu gehören gleicher Zugang zum Bildungswesen, gleicher Schutz der Würde des Einzelnen, unabhängig von seinen Verdiensten, gleiche soziale Grundsicherungen, gleiche Lebenschancen. In der Gesellschaft der Zukunft muss sich der Gleichheitsaspekt der Gerechtigkeit noch stärker als bisher auf die Schaffung der Chancen für die Individuen konzentrieren, und zwar solchen Chancen, die für ein erfolgreiches Handeln und ein selbstbestimmtes Leben in der modernen Wissensgesellschaft tatsächlich gebraucht werden.

Es stellt sich aber auch die Frage, welche gerechten Ungleichheiten Sozialdemokraten als Maßstab für die Verteilung von Einkommen und Vermögen unterstützen wollen? Welche Leistungen sind es, die ungleiche Verteilungen von Einkommen und Vermögen gerecht erscheinen lassen und darum politisch gefördert werden müssen? Welche Leistungen in der Wirtschaft, welche Leistungen für das Gemeinwesen? Es ist klar, dass diese

Leistungen auf das Wohlergehen der ganzen Gesellschaft und auch der am schlechtesten Gestellten bezogen sein müssen, um der gesellschaftlichen Anerkennung würdig zu sein.

Wir wollen auch präzise fragen, wie diejenigen Wertbindungen entstehen und erhalten werden können, die in der Gesellschaft Solidarität, Freiheitswillen und den Sinn für Gerechtigkeit stärken und am Leben erhalten, welche Rolle spielen Schule und Arbeitswelt, welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft, welche Rolle spielt die Politik dabei?

Und natürlich müssen wir uns auch die Frage stellen, zumal in der unübersichtlichen und komplexen Gesellschaft der Gegenwart, manche sagen Netzwerkgesellschaft, welche Rolle die Politik bei der Realisierung des Grundwertes Gerechtigkeit zu spielen hat und wie diese Rolle durchzusetzen ist. Es entsteht aber ebenso die Frage, welchen Beitrag leistet die Zivilgesellschaft für die Schaffung gerechterer gesellschaftlicher Verhältnisse. Der Bundeskanzler Gerhard Schröder hat ja die interessante Idee in die Debatte geworfen, dass wir eine veränderte politische Arbeitsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft brauchen, um die Steuerung der komplexen Gesellschaft auch künftig demokratisch und wirkungsvoll leisten zu können. Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, ob es auch bei der Schaffung gerechter Lebensverhältnisse um eine neue Arbeitsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft gehen sollte.

Schwierige Fragen werden auch durch internationale Dimensionen unserer Politik im Zeitalter der Globalisierung aufgeworfen. Wie können wir dem Geltungsanspruch der Grundwerte über die Grenzen unseres Landes und unserer Region hinaus gerecht werden? Ist der Ansatz der UNO, die Realisierung globaler öffentlicher Güter durch das Zusammenwirken aller Länder für alle Menschen zu ermöglichen, ein richtiges und ausreichendes Konzept für eine Politik der globalen Gerechtigkeit?

In den folgenden Beiträgen werden diese und weitere Fragen aufgegriffen und aus der Sicht unterschiedlicher Erfahrungsfelder und Zugangsweisen beantwortet. Natürlich ist auch das Ergebnis dieser Diskussionen nur ein Zwischenschritt in dem Prozess der Klärung der Grundwerte und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft der Zukunft.